

POLITIKUM

Heft 2 | 2021

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

IS AMERICA BACK?



Trump Legacy: Bestandsaufnahme eines gespaltenen Landes

Die Republikaner: Vergangenheit und Zukunft

It's the economy, stupid! Bidens Wirtschaftspolitik

Zurück im Pariser Klimaabkommen

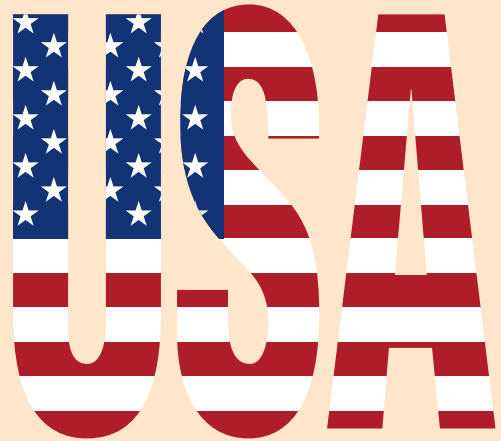
Herausforderung China

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



 **WOCHENSCHAU
VERLAG**

“AMERICA IS BACK” – IS EUROPE READY?



Die beiden Kandidaten für das Amt des US-Präsidenten hätten in Stil und Substanz nicht unterschiedlicher sein können. Beide versuchten die Wahl als eine „once in a generation“-Angelegenheit darzustellen und polarisierten entsprechend im Inneren wie im Äußeren. Und tatsächlich wird der künftige Weg der USA maßgeblich vom Wahlausgang bestimmt. Bei Donald Trump wäre relativ klar gewesen, was wir bekommen hätten: einen unberechenbaren, nicht zu multilateraler Absprache und langfristiger Strategie fähigen oder willigen Präsidenten. Joe Biden – der mit gut 81 Millionen so viele Stimmen wie kein Kandidat zuvor bekommen hat, aber doch relativ knapp ins Weiße Haus gewählt worden ist – steht hingegen für den Willen zu multilateralem Interessenausgleich im Inneren wie im Äußeren. Mit Kamala Harris steht zudem erstmals eine Politikerin als Vizepräsidentin an der Seite des 78-Jährigen, die für Aufbruch und Veränderungswillen steht.

Aber bedeutet der Wahlausgang die von vielen ersehnte, deutliche Abkehr von Trump und seiner Politik? Insgesamt werden mit Joe Biden und seiner Administration nicht die guten alten Zeiten im transatlantischen Verhältnis zurückkehren, aber vieles wird mit ihm doch einfacher. Davon handelt diese Ausgabe von [POLITIKUM](#). Wir beleuchten in diesem Heft mit namhaften Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik, welche Aussichten für die „Heilung“ der gespaltenen Nation USA bestehen und wie u. a. Innen-, Wirtschafts-, Umwelt- und Außenpolitik der Biden-Administration einzuschätzen sind. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche künftige Rolle der USA in der Welt daraus resultiert – und was das für uns bedeutet.

Die ersten 100 Tage im Amt haben gezeigt, wie tief der Bruch zur Trump-Administration in zentralen innen- und außenpolitischen Fragen ausfällt. Sichtbar ist auch die Bereitschaft, eine gemeinsame transatlantische Linie auszuloten und Demokratie und Menschenrechten wieder zentrale Bedeutung beizumessen. Es liegt nun an den Europäern, diesen Ball aufzunehmen. Zugleich bietet Joe Biden trotz seiner jahrzehntelangen politischen Erfahrung in vielerlei Hinsicht eine Projektionsfläche für je eigene Wünsche und Vorstellungen in Europa und andernorts, denn das von ihm gepflegte „America will be back-Mantra“ ist etwas aus der Zeit gefallen. Dazu hat sich die Welt zu stark geändert und die Erschütterungen im Inneren der USA sind zu groß. Was bringt also der 46. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika? Ist Amerika zurück? Urteilen Sie selbst.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Varwick'.

Johannes Varwick



Schwerpunkt

Bestandsaufnahme eines gespaltenen Landes

Trump ist nicht Ursprung, sondern Ausdruck einer tiefen Krise der Demokratie in den USA, die er allerdings mit seinem autokratisch anmutenden Regierungsstil verschärft hat. Mit seiner Abwahl sind auch jene Phänomene, Interessen und Positionen nicht verschwunden, die ihn ins Amt gebracht haben.



Interview

Wohin wird die Reise gehen?

Drei Außenpolitik-Experten blicken auf die Frage, welchen Weg die USA nehmen werden. Einige sind sich in einem Punkt: Die Amerikaner werden künftig nicht mehr das Rundum-Sorglos-Paket für Europas Sicherheit liefern.



Schwerpunkt

The Grand Old Party

Die Geschichte des amerikanischen Konservatismus gleicht auf tragische Weise der Geschichte eines Kontrollverlustes. Das populistische Narrativ wird die Republikanische Partei der USA und auch Amerika noch lange prägen: Trumpism is here to stay.



Schwerpunkt

Wirtschaftspolitik

Die USA ökonomisch und weltpolitisch abzuschreiben wäre mehr als verfrüht. Immer nach großen Krisen kamen die Vereinigten Staaten stärker zurück. Auch wenn die Aufgabe dieses Mal historisch groß ist: Es ist ihnen auch dieses Mal zuzutrauen.



Schwerpunkt

Bidens Außenpolitik

Die USA sind zurück auf der Weltbühne. Die Wahrscheinlichkeit ist aber groß, dass Biden mit seinem Anspruch der Wiederherstellung von Amerikas machtpolitischer wie moralischer Dominanz an den Erwartungen der amerikanischen Gesellschaft scheitert.



Schwerpunkt

Klimapolitik

Die USA sind in den Kreis der Staaten zurückgekehrt, die sich den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet fühlen. Das ist ein wichtiger Schritt, denn ohne die Vereinigten Staaten sind die globalen Klimaschutzziele nicht zu erreichen.



Seite 52

Schwerpunkt

Der Kurs gegenüber China

Die Wahrnehmung Chinas als einer existenziellen Bedrohung der Interessen der USA ist eines der wenigen Themen, über das parteiübergreifender Konsens besteht. Die Biden-Administration scheint den Kurs des Vorgängers gegenüber China nicht zu ändern.



Seite 60

Schwerpunkt

EU-Sicherheitspolitik

Die USA haben erhebliches Blockade- und Störpotenzial, um weitere Fortschritte innerhalb der europäischen Sicherheitspolitik verhindern zu können. Schon deshalb braucht es intensive transatlantische Kooperation.



Seite 68

Forum

Einschätzungen aus den Bundestagsfraktionen

Wie sollen wir uns gegenüber den USA positionieren? Das haben wir Abgeordnete des Deutschen Bundestags gefragt, die in den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für Außenpolitik verantwortlich sind. Der Konsens ist groß.

■ Is America back?

Christian Lammert

Trump Legacy: Bestandsaufnahme eines gespaltenen Landes 4

Julian Müller-Kaler

The Trump Old Party. Gedanken zu Populismus, Vergangenheit und Zukunft der Republikanischen Partei 12

Stefan Fröhlich

Comeback der Diplomatie, aber nicht der US-Dominanz. Bidens Außenpolitik 22

■ **Interview** mit den USA-Experten

Patrick Keller, Thilo Kößler und Boris Ruge „Kein Rundum-Sorglos-Paket für Europa“ 32

Henning Vöpel

Is's the economy, stupid! Bidens Wirtschaftspolitik und die „Heilung“ der Nation 36

Sonja Peterson

Willkommen zurück im Pariser Klimaabkommen. Die klimapolitischen Herausforderungen von US-Präsident Biden 44

Sarah Kirchberger

China als Herausforderung für die USA 52

Leyla Daskin

Wird Europa autonomer? Entwicklungsperspektiven der EU-Sicherheitspolitik im Lichte der neuen US-Administration 60

■ Forum

Wie umgehen mit den USA? Antworten aus den Bundestagsfraktionen von Johann Wadepuhl, Nils Schmid, Omid Nouripour und Alexander Graf Lambsdorff 68

■ Rezensionen

Bücher zum Thema 74

Bücher für den Politikunterricht 77

Das besondere Buch 78

■ Literaturtipps

Impressum 80

Wie umgehen mit den USA?

von JOHANN WADEPHUHL, NILS SCHMID,
OMID NOURIPOUR UND ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF



Wir haben die in den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für Außenpolitik verantwortlichen Abgeordneten des Deutschen Bundestags bewusst allgemein gefragt: Wie sollen wir uns gegenüber den USA positionieren? Deutlich wird ein breiter parteipolitischer Konsens – aber es gibt durchaus Unterschiede in den Details und bei der Schwerpunktsetzung.

Europa und die USA auch Wettbewerber auf dem chinesischen Markt. Doch Europa und die USA sind trotzdem noch viel enger wirtschaftlich verbunden, sind durch die NATO einzigartige Sicherheits-

partner und Wertepartner. Somit ist klar, dass es keine Neutralität Europas geben kann und geben darf. Hier wie in anderen Fragen darf der Grundsatz gelten, dass wir eng an der Seite der USA das gleiche

Ziel verfolgen – manchmal jedoch mit anderer Tonalität oder anderen Mitteln. Das ist auch gut so, denn das macht den Erfolg der transatlantischen Partnerschaft aus.



MdB Dr. Nils Schmid, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

© Susie Knoll

Dem partnerschaftlichen Ansatz müssen wir mit konkreten Politikangeboten begegnen. Amerikanische Außenpolitik ist mehr als je zuvor wertegeleitet, nämlich der weltweiten Stärkung von Demokratie und Menschenrechten verpflichtet.

Die Wahl von Joe Biden zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten gibt uns die einmalige Gelegenheit, die transatlantischen Beziehungen neu zu beleben. Sein Vorgänger, der von Partnerschaft zwischen eng befreundeten Staaten nicht viel gehalten hat, ist Vergangenheit. Präsident Biden hat auf der virtuellen Münchener Sicherheitskonferenz im Februar ein klares Bekenntnis abgegeben: Die transatlantischen Beziehungen sollen gestärkt und deren Verlässlichkeit wiederhergestellt werden. Diese nun ausgestreckte Hand des US-Präsidenten müssen wir ergreifen, denn das window of opportunity könnte sich schon in zwei Jahren wieder schließen. Dann nämlich, wenn sich bei den anstehenden Wahlen die Mehrheitsverhältnisse in beiden Häusern zu Gunsten der Republikaner ändern sollten. Der Handlungsspielraum von Präsident Biden würde dadurch dramatisch begrenzt werden. Außenpolitisches Handeln wäre nur noch per Dekret, sogenannte executive orders, möglich.

Bei all der Euphorie in den vergangenen Wochen sollten wir zwei Dinge im Blick behalten: Erstens, dass die innenpolitischen Sachzwänge künftig viel stärker außenpolitisches Handeln der USA beeinflussen werden. Außen- und Innenpolitik sind im Vergleich zur Vergangenheit viel stärker miteinander verwoben. Zweitens:

Präsident Biden und Außenminister Blinken werden die amerikanische Außenpolitik an den geopolitischen Realitäten ausrichten. Es gibt keine Rückkehr zum Status quo ante.

Die Demokratie ist an zahlreichen Orten dieser Welt Angriffen ausgesetzt. Viele Staaten der Welt blicken daher auf die USA als Leuchtturm der Demokratie. Doch die Strahlkraft hat in den Trump-Jahren deutlich nachgelassen. Die Bilder, die wir zu Beginn des Jahres aus Washington sahen, haben uns zudem alle erschreckt. Die Vorbildwirkung der Vereinigten Staaten kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn sich diese auch nach innen widerspiegelt. Mit Präsident Joe Biden bestehen hierfür die besten Voraussetzungen.

Während die vergangenen vier Jahre unter der Präsidentschaft von Donald Trump zu einer Entfremdung zwischen dem alten und neuen Kontinent führten, sollten wir den von Joe Biden eingeschlagenen partnerschaftlichen Ansatz aufgreifen. Biden weiß um die Bedeutung der europäischen Einigung. Ein starkes, geeintes Europa ist die beste Voraussetzung für eine enge Partnerschaft mit den USA. Ein souveränes Europa, das nicht nur in wirtschaftspolitischen Belangen mit einer Stimme spricht, sondern auch

in der Außen- und Verteidigungspolitik, ist daher auch kein Widerspruch für eine enge Bindung. Ein starkes Europa ist ein starker Partner, der Verantwortung übernimmt. Wir teilen die gleichen demokratischen Werte und wir wollen gemeinsam multilaterale Strukturen weiter stärken. Die Rückkehr der USA als Unterstützer eines regel- und wertebasierten Multilateralismus, so durch ihren Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen, in die WHO, in den VN-Menschenrechtsrat und durch ihr erneuertes Bekenntnis zur WTO, ist dafür ein wichtiges Signal.

Wie muss unsere (deutsche) Antwort ausfallen? Dem partnerschaftlichen Ansatz müssen wir mit konkreten Politikangeboten begegnen. Amerikanische Außenpolitik ist mehr als je zuvor wertegeleitet, nämlich der weltweiten Stärkung von Demokratie und Menschenrechten verpflichtet. Die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autokratie wird sehr deutlich im Umgang mit China. Peking ist mehr als nur ein großer wirtschaftlicher Wettbewerber. Zu lange verfolgte Deutschland ausschließlich ökonomische Interessen gegenüber China. Erforderlich ist jedoch ein strategischer Ansatz. Wir sollten uns viel mehr von der ökonomischen Abhängigkeit von China lösen und

stärker die Nähe zu den Anrainerstaaten suchen. Die im letzten Jahr von Außenminister Heiko Maas vorgestellten Indopazifischen Leitlinien bilden ist diesem Zusammenhang nicht nur die Grundlage für eine Neuausrichtung unserer Politik gegenüber den Ländern Südostasiens, sondern ergänzen zugleich die amerikanische Politik in dieser Region.

Mit Präsident Biden haben wir wieder einen überzeugten Transatlantiker. Daher sollten wir auch unsere Russlandpolitik mit den USA eng abstimmen. Dies liegt im gegenseitigen Interesse. Im Hinblick auf

Nord Stream 2 könnten wir Biden vorschlagen, dass die Anlage vollendet wird, die Inbetriebnahme aber nicht erfolgt. Daran schließen sich Konsultationen darüber an, ob und inwieweit energiepolitische Sanktionen gegen Russland sinnvoll sind. Diese sind ergebnisoffen, umfassen allerdings die Gesamtheit energiepolitischer Kooperation mit Russland.

Die Ende Januar erzielte New-Start-Einigung zwischen den USA und Russland ist ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die weltweite atomare Abrüstung. Das nächste Etappenziel muss daher die Erneuerung

des Nuklear-Abkommens mit Iran sein. Die Signale aus Washington, sich wieder an den Verhandlungen über das JCPOA zu beteiligen, stimmen positiv. Zusammen mit Frankreich und Großbritannien sollten wir unsere Vermittlerrolle als E3 fortsetzen.

Wir erleben alle, dass die Covid-Pandemie an nationalen Grenzen nicht Halt macht. Die Überwindung solch weltweiter Krankheiten stellt uns zusätzlich vor neue Herausforderungen. Diese lassen sich nur global lösen. Gemeinsam mit den USA sollten wir Ansätze erarbeiten, um derartige Bedrohungen zu verhindern.

© Stefan Kaminski



MdB Omid Nouripour,
Außenpolitischer
Sprecher der
Fraktion von
Bündnis 90/
Die Grünen im
Deutschen Bundestag

Die Rückkehr der USA auf die internationale Bühne birgt eine Reihe von Chancen, aber auch Risiken, die es zu beachten gibt, wenn beide Seiten Anstrengungen unternehmen, um die unter Trump abgekühlten Beziehungen wieder zu beleben. Lange wird noch darüber diskutiert werden, ob die Zeit der Trump-Administration die transatlantischen Beziehungen nachhaltig geschädigt hat. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend zu bewerten. Jedoch muss konstatiert werden, dass die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von je her durch Auf- und Abs geprägt waren und Vertrauen und Kooperationsbereitschaft immer wieder mühsam aufgebaut werden mussten. Erinnerung sei hier zum Beispiel an die Nichtbeteiligung am Irak-Krieg oder die NSA-Affäre.

Die positiven Signale, die Präsident Biden unmittelbar nach seiner Amtsübernahme über den Atlantik geschickt hat,

Die Zusammenarbeit mit den USA entbindet die EU jedoch nicht davor, ihre Hausaufgaben zu machen und ihren eigenen Zusammenhalt und ihre Wirkmächtigkeit zu stärken. Zu lange haben wir uns gerade in Deutschland auf die USA als Ordnungsmacht im internationalen System verlassen.

beschleunigen die Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen. Der Wiedereinstieg in die Pariser Klimaverträge oder die Aussetzung der aufgrund von Subventionen an die Flugzeugbauer Airbus und Boeing eingeführten Strafzölle können langfristig dazu beitragen, dass Europa und die USA in Bereichen wie dem Klimaschutz und Handelsfragen stärker zusammenarbeiten. Keine andere Partnerschaft weltweit kann so entscheidend für die Einhaltung der Pariser Klimaziele sein wie eine transatlantische Allianz für Klimaneutralität. Eine enge transatlantische Zusammenarbeit erhöht die Chancen, im Rahmen multilateraler Formate, auch mit Akteuren wie China, gemeinsame nachhaltige Produktstandards zur Förderung von Schlüsseltechnologien in Bereichen wie der Energieerzeugung, Mobilität und Industrie zu setzen.

Und genau diese Form der Zusammenarbeit mit den USA ist das Fundament für die Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen der Zukunft. Der Gründungsmythos einer bipolaren Welt, in der es als Westen der Sowjetunion entgegenzutreten galt, gibt es in dieser Form schon lange nicht mehr. Stattdessen hat sich mit China ein weiterer systemischer Rivale in der multipolaren Welt entwickelt, der sich offen zum Ziel gesetzt hat, die Europäische Union zu spalten und unsere Demokratien herauszufordern. Der systemische Wettbewerb lässt sich gemeinsam besser bestreiten, denn unsere Länder eint bei aller Unterschiedlichkeit ein starkes Wertefundament. Auch die dunklen Jahre der Trump-Administration konnten dieses Fundament nicht zerstören, weil unsere Demokratien sich durch Wehrhaftigkeit auszeichnen, die es jetzt



WOCHENSCHAU
VERLAG

NEUERSCHEINUNG



Karl Theis

Ergebnisbilder im Politikunterricht

Hinter inhaltlich spärlichen Lehrplanvorgaben zum „Parlamentarischen Regierungssystem“ verbirgt sich ein umfangreiches und komplexes Themenfeld. Seine sachgerechte Aufarbeitung erfordert einen entsprechend großen Aufwand, der sich mit Hilfe dieses Buches entscheidend reduzieren lässt. Der Band liefert eine Präzisierung des Themas in einzelne Fragestellungen und deren Verknüpfung in einer systematischen Unterrichtsabfolge. Zu jeder Fragestellung werden übersichtliche und prägnante Ergebnisbilder angeboten, die von einer Sach- und einer didaktisch-methodischen Analyse unterfüttert werden.

ISBN 978-3-7344-1242-4, 104 S. A4, € 24,90

PDF ISBN 978-3-7344-1243-1, € 23,99

Nachweis der Zitate in der Reihenfolge des Abdrucks im Heft:

H. Kissinger, in: Die Welt, 8.11.2021 | U. von der Leyen, Rede im EU-Parlament, 20.1.2021 | P. Stewart, in: World Politics Review, 8.2.2021 | J. Biden, Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz, 19.2.2021 | B. Lange, in: vorwärts, 23.11.2020 | A. Merkel, in: Der Spiegel, 8.11.2020 | J. Trittin, auf t-online vom 19.2.2021 | S. Kornelius, in: Süddeutsche Zeitung, 5.2.2021 | J. Sullivan, in: New York Times, 10.3.2021 | A. Gearan/A. Parker, in: Washington Post, 27.2.2021 | R. Mützenich, in: vorwärts, 23.11.2020 | J. Schäuble, in: Tagesspiegel, 17.2.2021 | M. Hakverdi, in: Internationale Politik und Gesellschaft, März 2021 | A. Blinken, Rede im State Department, 3.3.2021 | **Coverbild:** © Wochenschau Verlag; mehmetbuma – stock.adobe.com

POLITIKUM

Impressum

Erscheint im 6. Jahrgang in der Nachfolge der Zeitschrift „politische Bildung“ als Vierteljahrszeitschrift des Wochenschau Verlags.

Verleger

Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Herausgeber

Prof. Dr. Sabine Achour

achour@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling

hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Peter Massing

massingr@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Stefan Schieren

stefan.schieren@ku-eichstaett.de

Prof. Dr. Johannes Varwick

johannes.varwick@politik.uni-halle.de

Dieses Heft wurde federführend herausgegeben von:

Johannes Varwick

Beirat

Prof. Dr. Gabriele Abels (Univ. Tübingen), Prof. Dr. Uwe Andersen (Univ. Bochum), Prof. Dr. Anja Besand (TU Dresden), Prof. Dr. Gotthard Breit (Univ. Magdeburg), Prof. Dr. Thorsten Faas (FU Berlin), Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis (Univ. Münster), Prof. Dr. Wilhelm Knelangen (Univ. Kiel), Prof. Dr. Sabine Kropp (FU Berlin), Prof. Dr. Bernd Ladwig (FU Berlin), Prof. Dr. Stephan Lessenich (Univ. München), Prof. Dr. Andreas Nölke (Univ. Frankfurt/M.), Prof. Dr. Monika Oberle (Univ. Göttingen), Prof. Dr. Kerstin Pohl (Univ. Mainz), Prof. Dr. Lothar Probst (Univ. Bremen), Prof. Dr. Marion Reiser (Univ. Jena), Prof. Dr. Armin Schäfer (Univ. Münster), Prof. Dr. Norman Weiß (Univ. Potsdam), Prof. Dr. Wichard Woyke (Univ. Münster)

Verlag und Vertrieb

WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt/M. Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag • www.wochenschau-verlag.de

Aboservice / Heftbestellungen

Abonnementbestellungen: www.politikum.org,

Tel.: 069/7880772-0, politikum@wochenschau-verlag.de

Bestellungen von Einzelheften: wochenschau@brocom.de,

Tel.: 07154/1327-30

Bezugsbedingungen

Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Preise: Einzelheft € 12,80; Jahresabopreis € 39,20; Jahresabopreis für Studierende und Referendare € 19,60; alle Preise zzgl. Versandkosten. Kündigung 8 Wochen (30. April bzw. 31. Oktober) vor Ende des aktuellen Abrechnungszeitraums. Bankverbindung für Überweisungen: Volksbank Weinheim, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Lieferung gegen Rechnung oder Lastschrift

Anzeigen

Wochenschau Verlag, Tel.: 069/7880772-0, Fax: 069/7880772-25, anzeigen@wochenschau-verlag.de

Der Zeitschrift liegt eine Verlagsbeilage bei.

© WOCHENSCHAU VERLAG, Frankfurt/M.

Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

ISSN 2364-4737 (Print) • ISSN 2701-1267 (Online)

Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-734-1288-2 (PDF)

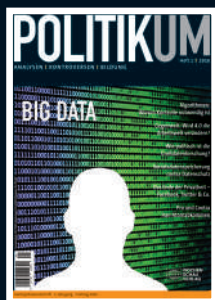
DOI <https://doi.org/10.46499/1590>

www.politikum.org www.facebook.com/ZeitschriftPolitikum

Copyright Wochenschau Verlag

POLITIKUM

lesen | besser informiert sein



Weitere lieferbare Hefte



www.politikum.org